

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illust. Unterhaltungs-Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“ Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise
 Die einpaltige Zeile aus geröhnt. Schrift ab. deren Raum 12 J.
 Familien-Anz. 10 J.
 Reklame-Zeile 35 J.
 Sammelanzeigen 50 % Aufschlag
 Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge u. Chiffreanzeigen kann keine Gewähr übernommen werden.

Begungs-Preise
 Monat. einjäh.
 Halbjährlich 1.80
 Ganzjährig 3.40
 Erscheint an jedem Werktag
 Verbreitete Zeitung in O.-Bad. Nagold
 Die Willeh. Ermalt behält kein Anspruch auf Befreiung d. Zeitg. abg. auf Rückzahlung bei Begungsverfall.
 Bezugs-Adressen: Nagold, Postfach 5115.

Kr. 141 Begründet 1826. Samstag den 20. Juni 1925 Fernsprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Der Haushaltsauschuss des Reichstages stimmt einen sozialdemokratischen Antrag zu, der den Zuschlag zum Beamteneinkommen der Besoldungsgruppe 1 bis 7 mit Wirkung vom 1. Juni auf 20 o. h. erhöht.

Die Kasperrückzahlung im deutschen Holzgewerbe hat bis jetzt 75 000 Arbeiter betroffen. Die Verurteilung des Schiedsgerichts ist abgelehnt worden, weil die Arbeitnehmer auf reichliche Erhöhung der 30prozentigen Lohnerhöhung und die Arbeitgeber auf Zurückweisung der Forderungen bedingungslos bestehen. Die Kasperrückzahlung wird bis Mitte nächster Woche beendet sein und dann etwa 180 000 Arbeitnehmer umfassen.

Die französische Sozialisten haben beschlossen, die Politik Polens wegen seiner Haltung in der Finanz- und Marokko-Politik nicht mehr zu unterstützen.

Die Sowjetregierung hat einem Erlaubnisvertrag mit einem böhmischen landwirtschaftlichen Syndikat über die Lieferung von 1200 Hektar im Gouvernement Jelazkowsk zur Einrichtung einer Molkereifabrik zugestimmt. Der Vertrag wird auf zwölf Jahre abgeschlossen.

Das Staatsdepartement in Washington teilt mit, dass am 18. Juni die Verhandlungen über die Regelung der italienischen Schulden beginnen werden.

Größen leichter zu lösen, wenn wir Deutsche samt und Tenders in der Auffassung ihrer Tragweite einig wären. Aber diese beklagenswerte Einheit, zu der unser neuer Reichspräsident v. Hindenburg uns so gerne führen möchte, sie geht uns erst recht ab in den innerpolitischen Sorgen. Wieder einmal werden sich auf unserer parteipolitischen Arena die alten Kampfpläne Freihandel und Schutz Zoll. Schon der deutsch-spanische Handelsvertrag, der nach zu guter Letzt im Reichstag angenommen wurde, brachte die Gemüter scharf hintereinander. Jetzt aber handelt es sich um den Zolltarif mit seinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Schutzzöllen. Die letzten sind es hauptsächlich, welche die Parteileidenenschaften, die sich nach der Hindenburgwahl eingermessen gelegt hatten, aufs neue aufwecken. Die Linke schreit über drohende Brotverderberung. Die Landwirtschaft fordert Schutz für ihre heimischen Erzeugnisse. Sie brauche ihn ebenso nötig wie die Industrie für deren Erzeugnisse.

Die französische Antwort
 Paris, 19. Juni. Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar wissen ließ, prüfte sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums, das ihr am 9. Februar durch den deutschen Botschafter Hösch in Paris überreicht wurde. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck der friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit ihren eigenen übereinstimmen. In dem Wunsche, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Völkerbundes ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, prüften sie die deutschen Vorschläge mit all der ihnen gehörenden Aufmerksamkeit, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Indessen stellte sich als zweckmäßig heraus, vor Eintritt in eine sachliche Prüfung der deutschen Note die Fragen in ein volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Einverständnis hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

Politische Wochenschau.

Ich will nicht, daß das britische Reich mit dem Kaiserreich auf der Stirn durch die Zeiten geht. Vah! Großbritannien keine Pflicht tun und nichts fürchten. So der „große“ Lloyd George vorige Woche in einer bedeutenden Rede, die er über die Unzulänglichkeit des Versailler Vertrags, an dem er doch leizentlich in hervorragendem Maße mitgearbeitet hatte, in Scarborough hielt.

Aber bis jetzt merkt man verflucht wenig von dem „keine Pflicht tun und nichts fürchten“ England. Ja, man hat bei der Entwaffnungsnote, die auch England unterzeichnet hat, das unangenehme Gefühl, daß wieder einmal der Geschichtsschreiber den Briten einen bösen Streich spielt. Offenbar stehen die Deutschen Werke und Krupps kühnere Industrie der englischen Konkurrenz wieder im Wege. Und so sieht's der Briten vor nicht ungerne, wenn die Entwaffnungsnote ihnen näher zu Leibe rückt.

Nicht so offen tritt England bei dem Sicherheitspakt auf. Die französische Antwort auf den deutschen (Sicherheitspakt) Vorschlag vom 8. Februar ist am Dienstag (16. Juni) in Berlin amtlich überreicht worden. Aber diesmal war der Franzose allein. Der englische und belgische und japanische, namentlich auch der italienische Vertreter fehlten. Der französische Botschafter sprach dabei im Namen der Alliierten. Das war den Mund zu voll genommen. Mussolini steht immer noch beiseite. Er habe kein Interesse an dem Sicherheitspakt, solange nicht auch die Brennergrenze und der Anschließ oder besser Anschließ Osterrichts an Deutschland einbezogen seien. Das Webrige ist eine rein französische Angelegenheit. — Der brave Mann denkt also in diesem Fall nur an sich. Das ist ist eben wieder der Überlebenskampf egoismus.

Japanischen hat Gott Mars wieder an zwei Stellen der Weltkarte Feuer angelegt, in Marokko und in China.

In Marokko ist ein wirklicher Krieg, der den Franzosen ganz ordentlich zu schaffen macht. Sultan Abd el Krim hat an verschiedenen Stellen die französische Front durchbrochen, an anderen französische Posten eingeschlossen und auch das spanische Hoheitsgebiet nicht verschont. Dabei scheint er mit den modernsten Waffen hinreichend ausgestattet zu sein. Die Lage wurde noch und nach so kritisch, daß kein geringerer als der Ministerpräsident Painlevé selbst in höchst eigener Person nach Arko zog, um an Ort und Stelle Augenzeugen zu nehmen. Dabei hat man den Eindruck, daß Abd el Krim kein Mann ist, der mit sich verhandelt und abhandelt läßt. Die Spanier zeigen offenbar auch keine rechte Lust, weitere Geld- und Blutopfer für Marokko aufzubringen. Kurz, die Sache scheint recht faul zu sein, und Frankreich wird wohl oder übel auf einen längeren Waffengang sich einrichten müssen, wenn es nicht Gefahr laufen will, daß das Feuer über die Grenzen von Alger hinausgreift und schließlich das ganze nordafrikanische Kolonialreich in Mitleidenschaft zieht.

Der andere gefährliche Feuerherd steht in China. Auch hier hat es den Anschein, als ob die ganze Sache eine reine Schandbewegung in den japanischen Raummüllfabriken in Schanghai wäre. Aber jetzt lodern die Flammen auch anderwärts, selbst in der Hauptstadt des „Reiches der Mitte“, in Peking, auf. Aus der loyalen scheint immer mehr eine nationale Sache zu werden, die gegen die Fremden, gegen ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates sich richtet. Was man anfänglich leugnete, das scheint doch jetzt wahr zu werden: der Schanghaier Aufstand hat verfluchte Ähnlichkeit mit dem Bogenzustand 1900. Nur wollen die europäischen Mächte nach ihrem neuesten Beschluß diesmal sich eines kriegerischen Einschreitens enthalten. Sie wollen froh sein, wenn sie Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen vor der Wut des chinesischen Töbels schützen können. China ist ein sehr geduldetes Volk, aber auch dem Geduldeten geht zuletzt die Geduld aus, und offenbar haben die übermütigen „Sieger“ geglaubt, sie könnten mit den Chinesen so umpingen wie mit den „besiegten“ Deutschen.

So draußen in der Welt. In unserem eigenen Hause fehlt es uns nicht an ähnlichen Sorgen. Schon die Entwaffnungsnote, der Sicherheitspakt und die Frage des Eintritts in den Völkerbund brennen uns täglich auf die Nase. Sie wären alle miteinander trotz ihres fürchterlichen

Dieser Kampf wirkt jetzt schon seine trüben Schatten in die Verhandlungen des Reichstages, der nach einem gewaltigen Stoff aufzuarbeiten hat, bis er in die Ferien geschickt werden kann. Es sind hauptsächlich Steuererlöse, die zu verabschieden sind. So ein Entwurf über die Einkommenssteuer der Vermögenssteuervorauszahlung. Aber daneben gehen Interpellationen der Parteien. So die sozialdemokratische über den Schutz der Reichsverfassung gegen Verletzungen durch das bayerische Konordat. Immer und immer wieder reißt sich die Linke an dem bayerischen Partikularismus; bald wollen ihm die bayerischen Volksgenossen nicht, bald das Konordat d. h. das Abkommen zwischen Staat und katholischer beim evangel. Kirche. Bei letzterem Anlaß lehnte sich wieder eine kräftige Kulturbewegung ab. Ihr höchst verfallener Zweck war, das Inkraft der Verträge zwischen Zentrum und den Deutschnationalen zu lösen. Regierunftsseite wurde aber festgehalten, daß das Konordat, wenn auch manches an ihm anzupassen ist, keinerlei Verletzung der Reichsverfassung enthalte.

1. Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber alle alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundslegung gebunden, die für sie genau bestimmten Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet, aber das Abkommen sieht sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundslegung vorgegeben sind. Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbunde unter den in dem Schreiben des Völkerbundes vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beitrete.

In übrigen ist jetzt augenblicklich die Zeit der Ausstellungen. Bayern hat eine große Verkehrs- und Ausstellung, Württemberg die 31. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, einer Schöpfung des genialen Schwaben Max Eith. Die ging als Auftakt voraus die Lösung der Deutschen Landwirtschaftsvereins in Friedrichshafen, deren Verhandlungen und Beschlüsse einen tiefen und sorgenvollen Einblick in die schweren Räder erschloß, mit denen gegenwärtig die deutsche und nicht zuletzt die württembergische Landwirtschaft ringt. Ränge die nach Umfang und Güte hochbedeutende Ausstellung auch ihrerseits dazu beitragen, daß der Südtier noch mehr als bisher von der lebenswichtigen und entscheidenden Bedeutung der Landwirtschaft für Sein oder Nichtsein einer Nation durchdrungen wird.

2. Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Verringerung der Friedensverträge mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürfen also weder eine Revision dieser Verträge im sich schließen, noch faktisch zu einer Abänderung der besonderen Bestimmungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

Der Notenwechsel in der Sicherheitsfrage

Der deutsche Vorschlag
 Berlin, 19. Juni. Das deutsche Memorandum vom 9. Februar, auf das nunmehr die französische Regierung durch die am Dienstag überreichte Note geantwortet hat, hat folgenden Wortlaut:

Bei Ermüdung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich gegenwärtig zur Regelung der Sicherheitsfrage bieten, könnte man von ähnlichen Gedanken ausgehen, wie er im Dezember 1922 dem von dem damaligen deutschen Reichkanzler Cuno gemachten Vorschlag zugrunde lag. Deutschland könnte sich zum Beispiel mit einem Pakt einverstanden erklären, wodurch sich die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland, fernerlich für eine näher zu vereinbarende längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Mit einem solchen Pakt könnte ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden, wie er in den letzten Jahren zwischen verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen wurde. Zum Abschluß derartiger Schiedsverträge, die die friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit. Für Deutschland wäre außerdem auch ein Pakt annehmbar, der ausdrücklich den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantiert. Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unverletzlichkeit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unverbrüchlich zu achten, daß sie ferner — die Erfüllung dieser Verpflichtung garantieren, daß sie endlich jede Handlung, die einer Verpflichtung zuwiderläuft, als gemeinsame eigene Angelegenheit ansehen würden. Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakte die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrags von Versailles übernommen hat. Mit einem derartigen Pakt könnten aber auch Schiedsverträge der oben bezeichneten Art zwischen Deutschland und allen benachbarten Staaten verbunden werden, die ihrerseits zu solchen Abreden bereit sind. Den vorstehend angeführten Beispielen werden sich noch andere Lösungsmöglichkeiten anreihen lassen. Auch könnten die diesen Beispielen zugrundeliegenden Gedanken in der einen oder anderen Weise kombiniert werden. Im übrigen wird zu erwähnen sein, ob es nicht ratsam ist, den Sicherheitspakt so zu gestalten, daß er eine alle Staaten umfassende Weltkonvention nach Art des vom Völkerbund aufgestellten „protocole pour le reglement pacifique des differends internationaux“ vorbereite und daß er im Falle des Zusammenbruchs einer solchen Weltkonvention von ihr absorbiert oder in sie hineingearbeitet wird.

3. Das Memorandum vom 9. Februar legt zunächst dem Abschluß eines Paktes zwischen den am Rhein interessierten Mächten ins Auge, der von folgenden Grundfragen ausgehen könnte:

- a) Ablehnung jedes Bedenkens an Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten;
- b) Strenge Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes im rheinischen Gebiet mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragschließenden Staaten;
- c) Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Versailler Vertrages ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung des Gedankens an Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten und die Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte, neben der erneuerten Bestätigung der im Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde. Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das im deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat am Pakt teilnehmen müßte. Ebenso vertritt sich von selbst, und das geht auch aus dem Schweigen des deutschen Memorandums über diesen Pakt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrags über die Befreiung der rheinischen Gebiete noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgelegten Bedingungen berühren darf.

4. Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich und mit den übrigen am Rheinpalte beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die die friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, eine natürliche Ergänzung des Rheinpaktens bilden würde. Dabei muß aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangswises Vorgehen lassen dürfte, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpaktens oder auf Grund einer Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für den Schiedsvertrag geleistet wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich. Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Innehaltung sichergestellt werden durch eine gemeinsame und eine gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der im Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen und zwar dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt. Wenn eine der Parteien, die es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedsspruch auszuführen, zu feindseligen Handlungen schreitet, falls einer der Vertragschließenden, ohne zu feindseligen Handlungen zu schreiten, keinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so soll der Völkerbundsrat Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um den Verträgen Wirksamkeit zu verleihen.

5. Die deutsche Regierung sagt in dem Memorandum hinzu, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu geneigt

den, beratende Schiedsverträge abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zustimmung Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpakt sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt ansteht und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkervereinigung und aus den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten, und Verpflichtungen, wovon sie sich nicht freimachen können. Diese so abgetragenen Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben, wie die im Abschnitt 4 vorgezeichnete. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles und den geplanten Rheinpakt unterschreibt, will, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihren Pflichten zu machen.

6. Nichts von dem in dieser Note ins Auge gefaßten Vertrag darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkervereinigung erwachsen.

7. Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Garantie und Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefaßten Abkommen als einzige Kraft treten. Diese Abkommen müßten der Lösung entgegen und vom Völkerbund eingetragen und unter dessen Aufsicht gestellt werden. Es versteht sich endlich von selbst, daß ein Staat, wenn die Vereinigten Staaten dem so verpflichteten Abkommen beitreten zu können glauben, die Befestigung des großen amerikanischen Volks an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begründen könnte.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich deren es notwendig schien, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lassen. Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in Verhandlungen einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue wirksame Friedensgarantie bilden.

Ein französisches Memorandum und ein englisches Weißbuch

Das französische Memorandum, das heute veröffentlicht worden ist, enthält neun Dokumente, die die Entwicklung des deutsch-französischen Gedankenaustausches, der schließlich zur kürzlich überreichten Antomarine führte, darlegen. Die Dokumente geben kein klares Bild davon, wie hartnäckig Brand die französischen Forderungen England gegenüber durchgesetzt hat.

Das englische Weißbuch zeigt starke Abweichungen vom dem französischen Memorandum in bezug auf die Redewendungen, obwohl der englische Text nichts anderes sein kann wie eine Uebersetzung des französischen. Hieraus erklären sich auch die Widersprüche in der französischen und englischen Presse über den Inhalt der französischen Vorschläge.

Pressestimmen zum Notenwechsel

Die gesamte Berliner Presse ist sich darin einig, daß die französischen Vorschläge hinsichtlich der abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge und der vorgesehenen Sicherheiten der Erfüllung bedürfen. Durch die in der Note angedeutete Gewährleistung eines deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrages durch Frankreich würde dieses unmittelbar in einen deutsch-polnischen Konflikt eingreifen dürfen, wenn es sich für verpflichtet halte, Polens Rechte aus dem Schiedsgerichtsvertrag zu schützen. In dieser Bestimmung liege ein ganz offenkundiger Mißbrauch mit dem Völkervereinigungsgedanken, mit welchem der Sicherheitsvertrag so eng verknüpft werden sollte. Während man die Stellungnahme der deutschnationalen Presse als Ablehnung der französischen Vorschläge bezeichnen kann, sieht die deutschpolnische „Zeit“ in der Antomarine die Möglichkeit, mit Frankreich über seine Vorschläge zu Verhandlungen zu gelangen.

Die französischen Blätter äußern sich zum größten Teil sehr zurückhaltend. Man stellt es so dar, daß auch England aus dem Sicherheitsvertrag Vorteile ziehen und Deutschland dabei ebenfalls „nicht schlecht fahren“ werde.

In der englischen Presse wird betont, aus den Dokumenten gehe deutlich hervor, daß es nicht in den besten Vereinbarungen liegt, was die Sprache der französischen halbamtlichen Meldung rechtfertigt, die bei Bekanntgabe der Vereinbarung ausgegeben wurde.

Neuestes vom Tage

Aus dem Reichstrot

Berlin, 19. Juni. Der Reichstag beschäftigte sich gestern in öffentlicher Sitzung mit der Frage des vom Reichstag angenommenen Gelehtentwurfs, der die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Urteile der bayr. Volksgerichte anordnet. In der von den Reichsratsausschüssen vorgeschlagenen Begründung des vom Reichstag jüngst beschlossenen Einspruchs gegen diesen Gelehtentwurf war darauf hingewiesen worden, daß die von Bayern getroffene Bestimmung, die die Ausnahmegerichte einsehen, nicht durch Reichsgesetz geändert werden können. Dreyfus beantragte die Zurückziehung des Einspruchs. Dieser Antrag wurde mit 88 gegen 26 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Bayern, Württemberg stimmten u. a. dagegen. Dann wurde die Zollvorlage beraten und in der Abstimmung nach den Beschlüssen der Ausschüsse, die bei den Industriezweigen teilweise Erhöhungen vorgenommen haben, mit 49 gegen 10 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Hindenburg empfängt den Reichsausschuss für Leibesübungen

Berlin, 19. Juni. Der Reichspräsident empfing eine Abordnung des Reichsausschusses für Leibesübungen, dessen Präsident Staatssekretär z. D. Dr. Lewald dem Reichspräsidenten die hauptsächlichsten Wünsche zum Amtsantritt und sodann die Ziele und Aufgaben des Reichsausschusses darlegte. Der Reichspräsident dankte in seiner Erwiderung für die Wünsche, gab seine Befriedigung über die bisherigen Erfolge des Reichsausschusses für Leibesübungen zum Ausdruck und stellte seine Unterstützung für die vom Reichsausschuss verfolgten Ziele in Aussicht.

Das Irenegebäude der Rheinländer

Düsseldorf, 18. Juni. Der Landesbauplan der Rheinprovinz Dr. Horion hielt bei der Jahrtausendfeier eine Ansprache, worin es u. a. heißt, wie in den tausend vergangenen Jahren, so sei auch in den tausend zukünftigen und auf immer Rhein und Reich in Treue verbunden. Des Deutschen Reiches Kämpfer und des preussischen Landes oberste Spitze haben um diesen Gedanken verdolmetst. Der höchste Vertreter des deutschen Volkes, der Reichspräsident, habe in noch besonderer Weise seinen Anteil an unserer Feier durch den Gruß und Glückwunsch bezeugt. Die Rheinlande seien demnach das Deutschland und Preußen in diesen Kampf-

jahren ihr bestes und lehtes für das Rheinland hergegeben haben. National- und staatspolitisch seien die Rheinlande gerettet. Bei allen politischen Kämpfen bleibe der wesentliche Gedanke die Volksgemeinschaft und die christlich-ökumenische Kulturgemeinschaft. Daher legten die Rheinländer nicht Krieg und Kampf in die Gedanken der Feier, sondern den Willen zu friedlicher Weiterentwicklung des eigenen Volkstums.

Neue österreichische Gesandte

Wien, 19. Juni. Die Großdeutsche Volkspartei stimmte einstimmig zu, daß Bizekanzler Frank den Berliner Gesandtschaften übernehme. Der Minister hat bereits heute die Ernennung vollzogen, worauf sich Frank alsbald nach Berlin begeben wird. Das Nationalratsamt wird Frank beibehalten. — Der Bundespräsident ernannte den früheren Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Alfred Grünberger, zum österreichischen Gesandten in Paris. Grünberger wird in nächster Zeit die Leitung der österreichischen Gesandtschaft in Paris übernehmen.

Nationalistische Bereitschaft zur Bezahlung der Kriegsschulden

Rom, 19. Juni. Im Verlauf einer halbamtlichen Unterredung zwischen dem italienischen Botschafter in Washington und dem amerikanischen Schahamt ließ Mussolini der Regierung der Vereinigten Staaten mitteilen, daß Italien bereit sei, bald Verhandlungen über die Regelung seiner Kriegsschulden anzuknüpfen. Die italienische Regierung beharrte ferner der britischen Regierung formell, daß sie bereit sei, Verhandlungen anzuknüpfen, die in endgültiger Weise die Regelung der italienischen Kriegsschulden auf dem Wege des Entgegenkommens zum Ziel haben.

Von der Marokkofonferenz

Paris, 19. Juni. Die Sachverständigen trafen gestern vormittags und nachmittags zu mehrstündigen Besprechungen zusammen, die geheimgehalten werden sollen. Es soll hauptsächlich darüber gesprochen worden sein, inwieweit die französischen und spanischen Landtruppen und die Marine sich auf der spanischen bzw. französischen Seite bewegen dürfen. Auch ein grundsätzliches Abkommen soll ausgearbeitet worden sein, das noch von der Vorkonferenz genehmigt werden muß. England wird sich in die spanisch-französischen Verhandlungen einmischen, denn die Blockade des Riffs ist für England eine sehr heikle Frage, die ohne England nicht gelöst werden kann.

Zu den chinesischen Wirren

Peking, 19. Juni. Die chinesische Regierung erörterte die Note der Mächte. Das Außenamt wurde angewiesen, eine Antwort abzufassen, in der die Angaben der Note bestritten werden. Zwei Bataillone des Kriegeministers Szu Tsungshun sind in der Umgegend von Peking als besonderer Schutz für die vollziehende Gewalt eingetroffen. Marschall Tchangshun hat ebenfalls ein Bataillon für den Polizeidienst nach Peking entsandt.

Nach einer Neutermeldung aus Schanghai wurden die Verhandlungen der Vertreter der Mächte mit den Vertretern der chinesischen Regierung abgebrochen. Ein drahtloser Bericht aus Schanghai meldet, daß sich die allgemeine Lage kritisch gestaltet. In Tschungking wurde der britische Konsul gezwungen, sein Amtsgelände zu verlassen und seinen Wohnsitz im Lingnen-Tempel zu nehmen. Angehörige der britischen Nationalität werden in den Straßen der Stadt mit Steinen beworfen und auch sonst tätlich angegriffen. — Der Schiffahrtstreik nimmt ernsthafte Formen an. Die Tätigkeit der Radikalen nimmt zu. Die Studenten halten Ansprachen an die Menge und reißen die britischen und japanischen Namenschilder ab.

Amundsen zurückgekehrt

Den Nordpol nicht erreicht

New York, 19. Juni. Nach einem Funkgespräch von der Kingebel auf Eschbergens ist Amundsen mit allen seinen Gefährten gestern früh 1 Uhr gesund und wohlbehalten zurückgekehrt.

In einem Telegramm teilt Amundsen mit: Wir stiegen am 11. Mai bei schweren Nebelmassen auf, die uns zwei Stunden lang umgaben. Die Beobachtung am folgenden Morgen zeigte, daß wir zu weit westlich lagen. Daher war eine Kursänderung östlich notwendig. Nach der Hälfte des Benzinverbrauches mußten wir eine Rollanbung vornehmen. Die beiden Flugzeuge wurden sofort von Eismassen eingeschlossen. (Hier bricht das Telegramm ab). — Es wird vermutet, daß Amundsen infolge schwerer Hindernisse und verfehlter Richtung zum Rückzug gezwungen wurde.

Nach einer späteren Meldung ist Amundsen nahe an den Nordpol herangekommen; er würde kein Ziel sicher erreicht haben, wenn ihn nicht der harte Reibel gezwungen hätte, niederzulegen. Amundsen und seine Gefährten haben noch seiner Auslage sehr schwere Wochen hinter sich.

Die norwegische Regierung und der Luftfahrtklub haben um Amundsen Glückwünschtelegramme gerichtet. Die Meldung, daß Amundsen zurückgekehrt sei, wurde schnell in Oslo bekannt und erreichte überall den größten Jubel. Auch in New York herrscht über die Rückkehr Amundsens große Begeisterung. An der Kingebel wurde Amundsen ein ergreifend herzlicher Empfang bereitet.

Präsident Lohse teilte bei Eröffnung der Freitags-Sitzung im Reichstag mit, daß er im Namen des Reichstags und des deutschen Volkes dem fähigen Nordpolarfahrer und Naturforscher Amundsen, dessen Heldentum in den unbekanntesten Zonen der Erde wir alle bewundern, herzlichste Glückwünsche zu seiner gefunden Rückkehr und der seiner Gefährten telegraphisch ausgesprochen habe.

Deutscher Reichstag

Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums h. m. v. Kapitel „Reichsamtsschiffahrt für öffentliche Ordnung“, „Polizei“ und „Technische Notthilfe“ verlangte der Abg. Eichhorn (Komm.) die Entlassung der Schutzpolizei, die er eine militärische Truppe nennt. Abg. Berndt (Dnl.) wandte sich gegen den Vordränger, der mit seinen Ausführungen der Exzente in die Hände arbeite. Eine Befestigung der Technischen Notthilfe könne nicht in Frage kommen, weil diese keine Streikbrechergarde sei. Der Vobau könne aber um so früher vorgenommen werden, je früher die Reichs-schiedsgerichtsbarkeit im Einvernehmen mit den Gewerkschaften ausgebaut werde.

Staatssekretär Zweiger bat, die im Haushaltsaus-schuss vorgeschlagene Streichung eines Teils der Mittel für die Techn. Notthilfe nicht zu genehmigen. Zu dem sozialdemokratischen Antrag wegen des bayerischen Ausnahmezustands erklärte er, daß die Regierung noch nicht in der Lage gewesen sei, sich deswegen mit der bayerischen Regierung in Verbindung zu setzen. Das Reichskommissariat

für den Reichsamtsschiffahrt vollkommene unentbehrlich, da es die Aufgabe habe, Reich und Länder über politische Bewegungen innerhalb und außerhalb des Reichs rechtzeitig zu informieren, um bei Gefahr einer Staats-umwälzung Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Abg. Jadaich (Komm.) sprach sich in scharfen Ausdrücken gegen die Techn. Notthilfe aus. Abg. Groß (Str.) verlangt, daß die Länderhoheit in der Frage der Polizei nicht geschmälert wird und spricht sich gegen politische Sondergruppen in der Polizei aus. Die Techn. Notthilfe könne heute noch nicht ganz beseitigt werden, doch dürfe sie keine Organisation der Arbeiter sein. Er befürwortete einen Antrag des Zentrums, aus dem Etat die Mittel für die Techn. Notthilfe in Höhe von 687 000 M. zu streichen und für die parlamentarischen Ausschüsse einzusetzen, dem die Techn. Notthilfe Redensart über ihre Tätigkeit ablesen soll. Abg. Dr. K. o n e d u r g (Dem.) kritisierte die Handhabung des bayerischen Ausnahmezustands und die Techn. Notthilfe, die allmählich abgebaut werden könne, und erklärte, daß die Partei zu der Tätigkeit des Reichskommissars kein Vertrauen haben könne.

Abg. Dreiwitz (Wirtsch. Vereinigung) erklärte die Bereitwilligkeit seiner Freunde, die für die Polizei, die Notthilfe und das Reichskommissariat gesonderten Mittel zu bewilligen. Abg. Dr. Cremer (DVP.) betont die Notwendigkeit der Beibehaltung des Reichskommissariats für die öffentliche Ordnung, damit drohende Gefahren von vornherein abgesehen werden können. Auf die Techn. Notthilfe könne man nicht verzichten werden.

Die Militärvorlage ist jetzt auch beim Reichstag eingegangen.

Württemberg

Fluglinie Stuttgart-Karlsruhe. Wie die Badische Luftverkehrs-Gesellschaft Karlsruhe mitteilt, wird vom 18. Juni ab die Strecke Stuttgart-Karlsruhe und zurück täglich zweimal besolten. Der einfache Flug kostet 18 Mark. Der Zubehörschein von Stuttgart zum Flugplatz Böblingen 5 Mark pro Person.

Einigung über die Arbeiterlöhne bei der Reichsbahn. In Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den vertragschließenden Arbeiterorganisationen haben zu einer Einigung geführt, deren Ergebnis sofort in Kraft gesetzt wurde.

Handtaschendiebstahl. Eine Handtaschendiebin in Ludwigschloß treibt hier seit einigen Monaten ihr Unwesen. Sie stellt sich sehr wahrscheinlich um eine meist dunkel gekleidete Frau im Alter von 40-50 Jahren.

Der Finanzauschuss lehnte seine Beratungen bei Kap. 8 (Einnahmen aus Reichssteuern) fort. Finanzminister Dr. Dehlinger gab Aufschluß über die Höhe der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Gegen einen höheren Anschlag habe das Reich Einspruch erhoben. Ueber die Ergebnisse der Einkommensteuer (Anschlag 40 Millionen Mark) könnten noch keine genauen Berechnungen angefertigt werden. Die Anteile der Gemeinden an den Reichsteuern würden jeweils sofort überweisen. Ein Redner des Bauernbundes wünschte Entschädigung der Amtskörperschaften für die Schädigung ihrer Straßen durch den Autoverkehr aus der Kraftfahrzeugsteuer. Der Finanzminister erklärte, daß die Sozietäten dieser Steuer erst nach dem Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern erfolgen könne und fügte zu weiterer Aussprache hinzu, daß er grundsätzlich gegen die Teilnahme der Gemeinden an den Erträgen der Kraftfahrzeugsteuer nichts einzuwenden habe. Es müßten die die endgültigen Beschlüsse des Reichstags abgewartet werden. Gegen drei Enthaltungen (DVP.) wurde ein Antrag Wism (Soz.) angenommen, beim Reich mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bei der beabsichtigten Einräumung eines Erbschaftsrechts zur Einkommensteuer an die Länder und Gemeinden das Existenzminimum von Zuschlägen freiblä. Ferner wurde angenommen ein Antrag Schief, betr. Eräumung eines selbständigen Zuschlagsrechts an die Gemeinden zu der zuvor zu reduzierenden Einkommensteuer. Es zur Durchführung dieser Änderung sollen die Anteile der Gemeinden an der Einkommensteuer auf Grund des tatsächlichen Aufkommens in der Gemeinde berechnet werden. Beim Kapitel Domänen wurde beantragt, daß die Pachtzinsen so niedrig seien. Der Berichterstatter Schief sprach sich auf eine Eingabe der Bad. Wergheim-M. G. v. sprechen, die gegen Vorkurs eines Staatsbeitrags von 300 000 M. zur Erbauung eines Kurparks anfordere. Es Zentrumredner befürwortete warm diese Eingabe. Der Finanzminister erwiderte, daß zurzeit keine Grundstockarbeiten vorhanden seien, und daß die Frage auch noch nicht spruchreif sei. Die Regierung müsse erst weitere Sondierungen vornehmen und habe in erster Linie das staatliche Bad in Wism bad zu fördern. Eventuell würde die Regierung eine besondere Vorlage dem Landtag machen lassen. Hierauf wurde die Eingabe der Regierung zur Erwägung übergeben. Beim Kap. 89 (H o r s e n) sagte der Finanzminister auf die Bemerkungen eines Zentrumredners Abhilfe gegen die unvollständige Auszahlung der Holzhauerlöhne zu. Oberforstrat Dr. Kähler erklärte sich für einen Holzloz, aber gegen eine Gerbrüdenloz. Die Holzpreise zeigten bei uns eine gewisse Stetigkeit. Von einem Abgeordneten der Bürgerpartei wurde die Einführung der Neuorganisation bei der Forstverwaltung ohne Fühlungnahme mit den Forstbeamten bemängelt. Der Finanzminister erklärte, daß die Förster mit den Landbesitzern gleichgestellt seien. Darauf wurde das Kapitel Forst genehmigt.

Aus dem Lande

Welt im Doz. 19. Juni. Sturz. Der verheiratete Hofballtanz Karl Senjinger kam bei Ausbesserungsarbeiten dem elektrischen Strom zu nahe und stürzte aus etwa vier Meter Höhe von einer Leiter, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Heuchlingen. M. W. 19. Juni. Jugendliche G. W. n. e. r. Zwei junge Burschen im Alter von 14 und 15 Jahren haben während des Nachmittagsgottesdienstes am Sonntag im Kaufmann der verwitwen Frau Ohnwald eingebrochen. Die gestohlene Ware vertrieben die Einbrecher im Gebüsch eines nahen Gartens. Die beiden Diebe sind erfaßt und der Landjägermannschaft angezeigt worden.

Ellwangen. 19. Juni. Brand. In Wirt brach in der Nacht zum Donnerstag in der Darmhülle, Besitzer Anton Rager, ein Brand aus, dem die Wühle zum Opfer fiel. Die Sägmühle konnte gerettet werden.

Geislingen. 19. Juni. Fränkisches Volksfest. Das alteingeführte Fränkische Volksfest mit landwirtschaftlichem Bezirksfest findet endgültig am 19. bis 22. September dieses Jahres hier statt. Die Bezirksgewerbeschau wird vom 13. bis 22. September abgehalten. Bei dem ersten Zu-

